



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser, am Donnerstag in dieser Sitzungswoche verlangte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine namentliche Abstimmung über ein Ultimatum an den Wirtschaftsminister zur Änderung der geltenden Waffenexportregelungen. Ja, bezüglich der Rüstungsexporte haben wir dringend Handlungsbedarf. Angesichts weltweiter Weiterver-

käufe von Deutschland gekaufter Waffen müssen wir uns mit der ungewollten Weitergabe und Nutzung beschäftigen. Deutschland steckt innerhalb der Nato-Staaten in festen Vertrags- und Bündnispflichten. An uns richten sich Erwartungen von Menschen, die um ihre Freiheit kämpfen müssen, eine Freiheit, die wir mit Selbstverständlichkeit genießen. Das muss in einen verantwortbaren Ein-

klang gebracht werden. Ein entsprechendes Gesetz ist in Bearbeitung. Gründlichkeit geht hier eindeutig vor Schnelligkeit. Deshalb konnte ich mich diesem „Schnellschuss“ nicht anschließen.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre
Ihr

Gender Mainstreaming - Wissenschaft oder Ideologie

„Gender Mainstreaming – Wissenschaft oder Ideologie?“. So lautete der Titel eines parlamentarischen Frühstücks am Mittwoch dieser Sitzungswoche, zu der zwei Experten eingeladen waren. Der Sozialethiker Prof. Manfred Spieker stellt in seinem Buch „Gender-Mainstreaming in Deutschland. Konsequenzen für Staat, Gesellschaft und Kirchen“ fest, dass Gender Mainstreaming eine Strategie zur Relativierung der Heterosexualität ist, die die Familie gefährdet und den Staat, die Gesellschaft und die Kirchen in Deutschland deutlich verändert hat.

Die Journalistin Birgit Kelle, Autorin des Buches „GenderGaga“, machte deutlich, dass es bei Gender Mainstreaming heute nicht mehr um die Gleich-

stellung der Frau geht, sondern um eine Vielfalt an Geschlechtern. Dabei werden bis zu 4.000 Geschlechter unterschieden, wobei die Differenzen über die unterschiedlichen sexuellen Orientierungen definiert werden. 200 Lehrstühle befassen sich in Deutschland mit der Gender-Thematik, wobei die Forschung seltsame Blüten treibt. In Nordrhein-Westfalen z. B. hat ein 30.000 Euro teures Projekt herausgefunden, dass Männer und Frauen den Wald ganz unterschiedlich erleben.

Ich habe mich bei dieser Diskussion gefragt, welche rationalen Gründe wir haben, um solche Gender-Diffusion zu stoppen, ohne dabei mit unserem Toleranzverständnis gegenüber geschlechtlichen Unterschieden in Konflikt zu ge-

raten. Leidtragende eines solchen „Genderismus“ sind in meinen Augen die Kinder. Denn sie haben ein international verbrieftes Recht auf natürliche Eltern, das ihnen durch eine derartige Gender-Vielfalt, die interessanterweise von Biologen nicht mitgetragen wird, vorenthalten wird. Untersuchungen in Kanada haben im Übrigen belegt, dass Kinder, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufwachsen, später schlechtere Bildungschancen haben. Hilfreich wären breit angelegte Forschungsvorhaben um herauszufinden, ob die biologische Geschlechtsidentität von Kindern durch frühzeitiges Infragestellen derselben, wie es die Gender-Forscher tun, wirklich unterstützt oder nicht eher gravierend gefährdet wird.

Deutschland bleibt ein Land mit Herz und Regeln

„Deutschland bleibt ein Land mit Herz und Regeln“. So sagte es am Freitagmorgen Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei der ersten Beratung der Gesetzentwürfe zu beschleunigten Asylverfahren und zur Ausweisung straffälliger Ausländer. Ja, wir werden weiterhin Menschen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung und wegen Verfolgung einen Zufluchtsort in Deutschland offen halten. Aber wir können nicht allen Armuts-migranten ein besseres Leben anbieten. Und wir wollen nicht denen weiterhin Bleiberecht einräumen, die nachweislich nicht bereit sind unsere Gesetze einzuhalten, die die Grundlage unseres besseren Lebens sind.

Rückführungen sollen und müssen zukünftig schneller erfolgen. Darin waren sich die allermeisten Abgeordneten einig.

Unterschiedliche Auffassungen gab es jedoch beim Thema Aussetzung des Familiennachzuges. Ich unterstütze auch diese Regelung, weil ich eine - hoffentlich vorübergehende - Trennung von zumeist älteren Ju-

gendlichen von ihren Eltern immer noch für besser halte, als dass Eltern ihre minderjährigen Kinder gezielt und bewusst auf lebensgefährdende Wege geschickt werden, um selbst ungefährdet nach Deutschland zu kommen. Der Vorbehalt einer Einzelfallentscheidung bietet hier die Gewähr, die individuellen Umstände jeden einzelnen Falles eingehender zu prüfen und gegebenenfalls den Nachzug der Familie zu gestatten.

Deutschland muss angesichts der anhaltenden Weigerung einiger wichtiger EU-Partner die Verantwortung für wachsende Flüchtlingszahlen gemeinsam zu tragen auch im Interesse der Menschen, die zu uns gekommen sind, alle Möglichkeiten nutzen, die Flüchtlingszahlen zu reduzieren. Dabei verfolgen wir konsequent den eingeschlagenen Weg von der Beschleunigung der Asylverfahren über die Bekämpfung der Schlepperbanden, über die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern der Türkei, im Libanon, in Jordanien bis hin zur Intensivierung

der Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern und zur Unterstützung der Waffenstillstandsverhandlungen in Syrien. Die gezielten Bombardierungen und das Töten von Tausenden Zivilisten auf Putins Befehl, um Assads Macht zu sichern, sowie der gezielte Angriff Erdogans auf kurdische Soldaten, um deren Freiheitsbegehren zu ersticken, machen deutlich, wie schwer und ungewiss gerade diese Bemühung ist. Es bleibt im hohen Maße bedauerlich, dass die SPD die Deklaration sicherer Herkunftsstaaten in Nordafrika bisher verweigert. Nach den Erfahrungen mit der Definition sicherer Staaten des Balkans ging die Zahl von dort ankommender Flüchtlinge gegen Null zurück.

Eine menschliche Aufnahme, die Annahme und Integration von Flüchtlingen mit Bleiberecht aber sind und bleiben unsere Aufgabe und Herausforderung.



Auel Kelifa, Clemens gr. Macke, Martin Patzelt, Dr. Stephan Siemer, Dr. Marc Röbel und Dr. Heinrich Dickerhoff (v.l.) nahmen beim politischen Aschermittwoch in der Katholischen Akademie Stapelfeld die aktuelle Flüchtlingsdebatte in den Fokus.

Experten mahnen nachhaltige Finanzierung der internationalen Flüchtlingshilfe

Vierzehn Experten nationaler, europäischer und internationaler Hilfs- und Entwicklungsorganisationen sowie Hilfswerke der Vereinten Nationen formulierten in der öffentlichen Anhörung des Menschenrechtsausschusses am Mittwoch, den 15.02.2016, notwendige Vorschläge zur Verbesserung der Finanzierung der internationalen Flüchtlingshilfe. Die latente Überforderung des internationalen humanitären Systems sei insbesondere der Vervielfachung des Bedarfs an humanitärer Hilfe mit enorm wachsenden Flüchtlingszahlen - bedingt sowohl durch aktuelle Krisen als auch durch weiterhin schwelende Krisen geschuldet.

Deutschland beispielhaft

Die Bestandsaufnahme ergab, dass Deutschland beispielhafte finanzielle Zusagen mit mehrjährigen Finanzierungsprogrammen gemacht hat. In Deutschland stellen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 7,4 Milliarden Euro sowie das Auswärtige Amt eine halbe Milliarde Euro für humanitäre Hilfe bereit. Dieses ist ein gutes Tragwerk für den wachsenden Bedarf an humanitärer Hilfe.

Auf der Geberkonferenz in London vom 4. Februar 2016, auf der sich 70 Staaten geeinigt hatten, etwa neun Milliarden Euro für syrische Bürgerkriegsopfer (für Syrien und die Nachbarländer) zur Verfügung zu stellen, ist Deutschland mit der Zusage von 2,3 Milliarden Euro

bis 2018 vorbildlich vorgegangen. Hiermit soll in erster Linie die Situation in dieser Kriegsregion stabilisiert werden, sicherlich auch, damit die Flüchtlingszahlen zurückgehen.

Wichtiger als die Höhe der Finanzmittel ist für die Arbeit der Hilfsorganisationen aber noch, dass auf mehrjährige Finanzierung mit besserem Ressourceneinsatz abgestellt wird. Nachdem, die verfügbaren Mittel die Sicherstellung der Ernährung nicht mehr gewährleisten konnten, war eine verlässliche Finanzierungszusage für die Zukunft erforderlich.

Verzahnung von kurz- und langfristiger Entwicklungshilfe

Ich befürworte die geforderte Verzahnung von kurzfristiger humanitärer Hilfe mit mittel- und langfristiger Entwicklungshilfe. Meiner Meinung nach ist dies unbedingt nötig, um Perspektiven für die Menschen in Krisengebieten zu schaffen, so wie es zum Beispiel die Cash-for-Work-Programme, Bargeld für Arbeit, nachhaltig bewirken sollen.

Mit Blick auf die Krisenregion in und um Syrien beteiligt sich die Bundesregierung an dem Programm "Partnership for Prospects", das den Flüchtlingen vor Ort Beschäftigungsperspektiven eröffnen soll, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren können. Insgesamt 500.000 Arbeitsplätze sollen in der Region geschaffen werden. Damit soll dann wirksam die

Errichtung von Gemeindezentren, Schulen (mit Bildungsprogrammen) und Krankenhäusern, die von den Flüchtlingen selbst gebaut werden sollen, gefördert werden. Deutschland wird sich 2016 mit 200 Millionen Euro an diesem Programm beteiligen.

Transparenz, Vernetzung und Innovation

Eine konsequente Verbesserung wurde schließlich in den Punkten Transparenz, Vernetzung und Innovation bei den Hilfsorganisationen angemahnt, damit die humanitäre Hilfe weltweit effizienter würde. Mit dem WFP-Innovationszentrum in München ist auch Deutschland der entscheidende Förderer in dieser Hinsicht.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass bei der Frage der Schwerpunktsetzung humanitärer Programme die von den Experten vorgeschlagenen Verbesserungen konsequent angegangen werden, damit auch solche Situationen vermeiden werden können, die im letzten Jahr eintraten, als die Lebensmittelrationen durch das WFP so stark gekürzt werden mussten, dass die bedürftigen Menschen nicht satt wurden.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Schülerbetriebspraktikum im Bundestag

Meine Schule, das Ernst-Moritz-Arndt Gymnasium in Osnabrück, stellt für die Schüler der 10. Klassen zwei Wochen für ein Praktikum in einem beliebigen Unternehmen bereit. Ich hatte die Idee, dieses im Bundestag zu tun.



O.Kysliak, L.Bocklage, (v.links)

Glücklicherweise konnte ich meine Idee – wenn auch nur in der sitzungsfreien Zeit – im Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt, der Mitglied im Familien- und Menschenrechtsausschuss ist, umsetzen. Ich lernte in dieser Zeit die Bundestagliegenschaften kennen sowie die Abläufe in einem Büroalltag der Mitarbeiter des Abgeordneten, mit Posteingängen, Bürger-E-Mail-Bearbeitungen und erhielt Erläuterungen zur Bearbeitung menschenrechtlicher Themen.

In sitzungsfreier Zeit ist der Abgeordnete meistens im Wahlkreis oder zu anderen auswärtigen Themen unterwegs. So hatte ich dann am Ende meines Praktikums, am Politischen Aschermittwoch, noch das Glück, bei einer Rede von Herrn Patzelt über das

Thema Gastfreundschaft, Flucht und Flüchtlinge, in der Katholischen Akademie in Stapelfeld bei Cloppenburg mit dabei zu sein.

In der Aula der Akademie erfolgte die Rede von Herrn Patzelt vor etwa 140 Zuhörern. Er erzählte über Flüchtlinge und wie man sie integrieren kann. Er meinte, dass die Flüchtlinge die deutsche Sprache beherrschen müssten und dann auch schnell arbeiten sollten, sei es mit oder ohne Lohn. Anschließend gab es ein gemeinsames Heringsessen. Ich war sehr beeindruckt von der Veranstaltung. Leider musste ich mich nach dieser kurzen Zeit auch schon wieder von Herrn Patzelt verabschieden.

Schlussendlich bin ich mit dem Praktikum sehr zufrieden gewesen. Es bot mir eine tolle Ab-



wechslung zum Schulalltag. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitern des Büros Martin Patzelt, besonders bei Frau Dr. Maria Blömer, die mich aufmerksam betreut hat und bei Martin Patzelt selbst dafür bedanken, dass ich die Möglichkeit hatte, an diesem Praktikum teilzunehmen.

Lennard Bocklage

Link zum Bericht über die Veranstaltung auf NWZ Online: http://www.nwzonline.de/cloppenburg/politik/eritreer-fluechtlinge-brauchen-vorbilder_a_6,0,4192914809.html



Politischer Aschermittwoch in der Katholischen Akademie Stapelfeld am 10.02.16, Lennard Bocklage, Annette Bocklage, Dr. Maria Blömer (von links) Foto: Sigrid Lünemann